

Antrag Kreistag

Sitzungsdatum: 23.03.2023

Vorlage Nr.: 0875/20-25/LR/LS

Tagesordnungspunkt	- öffentlich -
Betreff: Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP/FWO/DU und UWG vom 23.03.2023 "Resolution zur Investitionsförderung für Kindertagesstätten"	

Änderung der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen für zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“ vom 19. Oktober 2020

- Anhebung der Fördersätze im Rahmen der U3/U6-Investitionsförderproramme zur Kindertagesbetreuung (Land/Bund)
- Verlängerung der Fristen für die Fertigstellung und Inbetriebnahme von KiTa-Baumaßnahmen

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises fordert das Land und den Bund auf, die Fördersätze zu erhöhen und die Fristen für die Fertigstellung laufender Baumaßnahmen zu verlängern.

Der Oberbergische Kreis hat mit Schreiben vom 29.03.2022 den Landschaftsverband Rheinland auf die unzureichende Finanzierung des Landes bei der Förderung für die Schaffung dringend notwendiger Betreuungsplätze hingewiesen. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass wegen der aktuellen Situation in der Baubranche unvermeidbare und nicht zu beeinflussende Material- und Lieferengpässe bzw. Schwierigkeiten bei der Auftragsvergabe bedingen, dass u.U. eine fristgerechte Fertigstellung der Baumaßnahme zum Ende der Förderperiode am 31.12.2023 unrealistisch ist.

Zum Thema Fristverlängerung wurde nach dem Runderlass des Ministeriums vom 18.05.2022 die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen für zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“ geändert. Der Durchführungszeitraum für Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Landesprogramme wurde bis zum

31.12.2024 verlängert.

Eine Evaluation und Anhebung der Fördersätze wurde nicht in Aussicht gestellt, weil diese Problematik in ihrer Ausprägung landesweit so noch nicht bekannt sei.

Mit der Änderung der Förderrichtlinie Ende 2020 wurden die aktuell geltenden Förderhöchstbeträge festgelegt. Dies geschah jedoch zurückliegend noch vor dem Ukrainekrieg und damit unter völlig anderen Voraussetzungen. Die Wirtschaftslage und auch die damit einhergehenden extremen Kostensteigerungen auch in der Baubranche stellte die KiTa-Träger und Jugendämter bei der Realisierung von Baumaßnahmen vor völlig andere Bedingungen.

Nahezu alle KiTa-Träger bzw. beauftragte Bauherrn erklären, dass mit den aktuellen Pauschalen (z. B. bei Neubaumaßnahmen pro Platz 33.000 € Landes-/Bundesmittel inklusive Ausstattung) kein weiterer KiTa-Ausbau betrieben werden kann, die Kosten der Baumaßnahme durch die bewilligten Fördermittel nicht gedeckt werden und der gesicherte Finanzierungsrahmen verlassen wird. Die Forderungen, dass die deutlichen Mehrkosten (Differenzen zu den bewilligten Investitionsmitteln) vollumfänglich durch den Oberbergischen Kreis übernommen werden, nehmen zu und werden bezogen auf alle noch ausstehenden Baumaßnahmen mehr oder weniger aufgestellt.

Deshalb bedarf der notwendige weitere Ausbau von Betreuungsplätzen einer Anhebung der Fördersätze des Landes/Bundes, da ein Ende bzw. Rückgang der Kostensteigerungen nicht in Sicht ist. Der aktuelle Bedarfsplan 2023 (Tagesbetreuung für Kinder) sowie die teils unzureichenden Versorgungsquoten im U3- und Ü3-Bereich zeigen aktuell in sieben von neun Kommunen einen weiteren Ausbaubedarf von Betreuungsplätzen, um den Betreuungsanfragen auch gerecht werden zu können.

gez.	gez.
Michael Stefer	Sven Lichtmann
CDU-Fraktionsvorsitzender	SPD-Fraktionsvorsitzender

gez.	gez.	gez.
Henrik Köstering	Reinhold Müller	Jürgen Poschner
Fraktionsvorsitzender	Fraktionsvorsitzender	UWG-Fraktionsvorsitzender
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FDP/FWO/DU	